

Niederschrift über die
Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 23.10.2008

Tagungsort: Freizeitzentrum Baumheide, Rabenhof 76, 33609 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Andreas Rüther - Bezirksvorsteher - (RM)

CDU

Herr Dr. Guido Elsner
Frau Elke Grünewald (RM)
Frau Monika Kammeier
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Heinz Pilchner
Herr Jan Scholten (Vors.) (RM)

SPD

Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger
Frau Traude Schnadhorst
Herr Holm Sternbacher - stellv. Bezirksvorsteher - (RM)
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Marianne Kreye (Vors.)
Frau Angela Hoose

BfB

Frau Lieselotte Köttnitz

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Jörg-Rüdiger Schütz CDU-Fraktion

Verwaltung

Herr G. Müller	Amt für Schule	TOP 5.1, 6 u. 6.1
Frau Kavuk	Bauamt	TOP 7
Herr Galle	Amt für Verkehr	TOP 8
Herr Kleibrink	Feuerwehramt	TOP 9
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schriftführer

Externe

Herr Winkler	Büro Enderweit & Partner	TOP 7
Frau Kunath	moBiel GmbH	TOP 8
Herr Meier	moBiel GmbH	TOP 8

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksvorsteher Rüther eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss verweist er auf die den Bezirksvertretungsmitgliedern zu Sitzungsbeginn als Tischvorlage vorgelegte Beschlussvorlage Drucksache 5985/2004-2009 (Errichtung von gebundenen Ganztagschulen und Bau von Ganztagsbereichen an Gymnasien und Realschulen im Rahmen der Ganztagsoffensive des Landes NRW). Die Verwaltung habe aufgrund der Fristen für die Zuschussanträge und der sich daraus ergebenden Dringlichkeit gebeten, die Tagesordnung entsprechend zu erweitern. Er rege an, die Angelegenheit unter dem neuen Tagesordnungspunkt 6.1 zu beraten.

Die Bezirksvertretung stimmt der Erweiterung der Tagesordnung zu.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohner des Stadtbezirks Heepen

Baulicher Zustand der oberen Niewaldstraße

Frau Poier-Gloger und Herrn Reinhard Prüßner, Einwohner des Stadtbezirks und Anlieger der Niewaldstraße im Stadtteil Altenhagen, erläutern den aus ihrer Sicht „katastrophalen“ baulichen Zustand der „oberen“ Niewaldstraße. Im Anschluss verliest Herr Prüßner eine von den Anliegern verfasste Beschreibung des Ist-Zustandes und verschiedene an die Bezirksvertretung bzw. die Verwaltung gerichtete Fragen, die sich im Wesentlichen auf die Verbesserung der Situation beziehen. Im Anschluss überreicht er Bezirksvorsteher Rüther den von ihm verlesenen Text, eine Unterschriftenliste, die Ergebnisse einer selbst durchgeführten Verkehrszählung und verschiedene Fotos aus der Örtlichkeit (Hinweis: Bis auf die Unterschriftenlisten sind die genannten Unterlagen der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt).

Bezirksvorsteher Rüther führt aus, dass verschiedene Bezirksvertretungsmitglieder auf den baulichen Zustand der Straße und das sich daraus ergebende Gefahrenpotenzial hingewiesen wurden. Seines Wissens werde sowohl die CDU-Fraktion als auch die SPD-Fraktion die Verwaltung im Rahmen entsprechender Anträge in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 27.11.2008 auffordern, die angesprochenen Mängel zu prüfen und für Abhilfe zu sorgen.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bestätigen die von Bezirksvorsteher Rüther getroffene Aussage.

Bezirksvorsteher Rüther bittet die Verwaltung zu den von den Anliegern gestellten Fragen schriftlich Stellung zu nehmen.

Grafenheider Straße

Frau Wendland, Einwohnerin des Stadtteils Brake, weist darauf hin, dass aus einem Artikel der Neuen Westfälischen Zeitung vom 11.10.2008 hervorgehe, dass die Ausbaukosten für die Grafenheider Straße, zwischen Friedhof und Kreisel, in Höhe von ca. 800.000 € das Land NRW zu 70 % übernehme. Im Anschluss verliet sie im Namen der Bürgerinitiative „Brake-Grafenheide & Johannisbachaue“ verschiedene - auf die Presseberichterstattung bezogene - Einwohnerfragen und überreicht Bezirksvorsteher Rüter den schriftlichen Fragenkatalog (vgl. Anlage 2 der Niederschrift).

Bezirksvorsteher Rüter bittet die Verwaltung, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksvorsteher Rüter die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2009 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 14.08.2008**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 14.08.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 2.1 *

Zu Punkt 2.2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 04.09.2008

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 04.09.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 23.10.2008 - öffentlich - TOP 2.2 *

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Projekt „Jugend - Freizeit - Natur in der Bielefelder Johannisbachaue“

Den Mitteilungen beigelegt ist die Projektbeschreibung. Die Verwaltung schlägt vor, das Projekt in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Heepen im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes vorzustellen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen) beurteilen das Projekt positiv, regen an bei der Durchführung auch mit dem Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - zu kooperieren und darüber hinaus nach Möglichkeiten zu suchen, die Laufzeit (zunächst 6 Monate) zu verlängern.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

*BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.1 *

3.2 Ausbau der Straße Milser Feld (vgl. BV Heepen - 10.01.2008 - öffentlich - TOP 12)

Die Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Straße Milser Feld wurden ausgeschrieben und erfolgen voraussichtlich ab Mitte November 2008. Den Mitteilungen beigelegt ist die Baubeschreibung für die Ausbaumaßnahme.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.2 *

3.3 **Kanalbauarbeiten in der Straße Wefelshof**

Der Geschäftsbereich Stadtentwässerung des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld hat für die Straße Wefelshof Kanalbauarbeiten (Regenwasserkanal und Schmutzwasserkanal) ausgeschrieben. Die erforderlichen Baumaßnahmen erfolgen voraussichtlich in der Zeit von Dezember 2008 bis Juni 2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.3 *

3.4 **Bebauungsplangebiet Wefelshof: Fällung von 3 Eichen (vgl. u. a. BV Heepen - 05.06.2008 - nichtöffentlich - TOP 18.1)**

Die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH (BGW) hat bestätigt, dass im Zuge der Erschließungsmaßnahmen für das Baugelände Wefelshof von der ausführenden Firma versehentlich 3 Eichen gefällt wurden. Die BGW hat mit dem Umweltamt der Stadt Bielefeld abgestimmt, dass der entstandene Schaden durch die Ersatzpflanzung von 3 Eichen am bisherigen Standort kompensiert wird.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.4 *

3.5 **Strategisches Gewerbeflächenmanagement**

Mit den Sitzungsunterlagen haben der Bezirksvorsteher, der stellv. Bezirksvorsteher, die Fraktionsvorsitzenden und die Vertreterin der BfB Abdrucke der Beschlussvorlage des Dezernates 4 (Drucksache 4976/2004-2009) sowie entsprechende Auszüge aus den Sitzungsniederschriften der beteiligten Gremien (Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss am 17.06.2008, Finanz- und Personalausschuss am 17.06.2008, Beteiligungsausschuss am 19.06.2008, Hauptausschuss am 19.06.2008 und Rat der Stadt am 19.06.2008) erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.5 *

3.6 **A + E-Maßnahme Bechterdisser Straße**

Im Bebauungsplan III/O 13 „Gewerbegebiete nördlich Bechterdisser Straße“ ist eine öffentliche Grünfläche festgesetzt, die gleichzeitig im landschaftspflegerischen Begleitplan zum Bebauungsplan als Ausgleichsmaßnahme bzw. Minderungsmaßnahme anerkannt ist. In der öffentlichen Grünfläche sollen Anpflanzungen und die Entwicklung einer Brache erfolgen. Es handelt sich um Flächen des Städtebaulichen Vertrages zum Bebauungsplan mit der WEGE. Die Maßnahme wird von der Stadt Bielefeld umgesetzt. Die Kosten trägt die WEGE. Die notwendigen landschaftsgärtnerischen Arbeiten wurden ausgeschrieben und werden voraussichtlich in der Zeit vom 01.11.2008 bis 14.11.2008 umgesetzt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.6 *

3.7 **Ausbau der B 61 (Herforder Straße) - Anlaufstelle für Betroffene beim Oberbürgermeister**

In den Sitzungen der Bezirksvertretung Heepen am 05.06.2008 und des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 17.06.2008 wurde von beiden Gremien der Zusatzbeschluss gefasst, beim Oberbürgermeister eine Anlaufstelle für die von der Planung Betroffenen zu schaffen. Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine Mitteilung des Oberbürgermeisters hinsichtlich der rechtlichen Bewertung und der Umsetzung des Beschlusses erhalten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bringt seine Irritation über die aus seiner Sicht sehr „administrative“ Vorgehensweise des Oberbürgermeisters zum Ausdruck. Er habe eine „offenere“ Reaktion erwartet.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.7 *

3.8 **Radfahrer-Gefährdung auf der Braker Straße (vgl. BV Heepen - 04.09.2008 - öffentlich - TOP 4.4)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr - Straßenverkehrsbehörde - vom 23.09.2008.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) sieht in den von der Straßenverkehrsbehörde getroffenen Maßnahmen Verbesserungen, hält die Gesamtsituation jedoch weiterhin für unbefriedigend.

Bezirksvorsteher Rüther weist auf den unter TOP 5.2 zu beratenden Antrag der SPD-Fraktion zur Anlage eines Kreisverkehrs im Einmündungsbereich Stedefreunder-/Braker Straße hin. Er vertrete die Auffassung, dass - sollte der Kreisverkehr zu realisieren sein - beide Maßnahmen zusammen die Gesamtsituation nachhaltig verbessern können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.8 *

3.9

Religionen und religiöse Einrichtungen in Bielefeld

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Informationsvorlage des Amtes für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten vom 14.08.2008 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.9 *

3.10

Bebauungsplan III/M 11 „Milser Mühle“: Einwohnerfragestunde in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 04.09.2008

In der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 04.09.2008 hatte Herr Blumenstock (Einwohner des Stadtteils Milse) verschiedene Fragen zur Aufstellung des Bebauungsplanes III/M 11 „Milser Mühle“ gestellt. Den Mitteilungen beigefügt ist das Antwortschreiben des Bezirksamtes vom 17.09.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.10 *

3.11

Dachsanierung KiTa Großer Wiel (vgl. BV Heepen - 05.06.2008 - TOP 3.6)

Mit den Sitzungsunterlagen wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern eine Mitteilung des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt - vom 23.09.2008 übersandt.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Umsetzung der geforderten Maßnahmen. Sie vertrete die Auffassung, dass die Maßnahme ohne ihre Intervention nicht zeitnah umgesetzt worden wäre. Dies bestätige ihres Erachtens, wie wichtig es sei, „immer wieder nachzufragen“. Der Sachverhalt sei ein positives Beispiel für die Bedeutung der Arbeit der Trägervertreter in den Räten der Kindertagesstätten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlichen - TOP 3.11 *

3.12 **Einladung zur Vernissage**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine Einladung zur Vernissage „Jürgen E. Wagner: Assemblagen - Objektbilder“ am 22.10.2008 (Alte Vogtei, Beginn: 19.00 Uhr) erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.12 *

3.13 **Lärmaktionsplan**

Am 03.09.2008 wurde vom Umweltamt die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Lärmaktionsplan für die Bürgerinnen und Bürger der Stadtbezirke Heepen und Stieghorst durchgeführt. Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder das zur Veranstaltung gefertigte Protokoll vom 12.09.2008 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.13 *

3.14 **Altenhagener Straße**

Der Landesbetrieb Straßen . NRW saniert seit dem 06.10.2008 auf der Altenhagener Straße den vorhandenen Gehweg und baut ihn zu einem Geh-/Radweg aus. Außerdem werden eine Mittelinsel und Busbuchten angelegt. Eine Information zu den Bauabläufen ist den Mitteilungen beigefügt.

Auf Nachfrage von Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) bestätigt Herr Daube, dass alle betroffenen Eltern über die Möglichkeit der Fahrkostenerstattung informiert wurden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - 3.14 *

3.15

Verkehrssituation Ziemannsweg in Brake
(vgl. BV Heepen - 06.09.2007 - öffentlich - TOP 5.1)

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr - Straßenverkehrsbehörde - vom 06.10.2008.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) sieht in der vorgeschlagenen Absperrung mit Sperrpfosten keine optimale Lösung, spricht sich aber dennoch dafür aus, diese Regelung versuchsweise umzusetzen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) spricht sich gegen den Versuch aus, da dieser seines Erachtens zu keinen Verbesserungen führe. Er sehe die Gefahr, dass durch das erzwungene „Umkehren“ der Fahrzeuge notwendige Parkplätze verloren gehen und darüber hinaus durch die dann zusätzlich ausfahrenden Fahrzeuge die Verkehrssituation im Einmündungsbereich der Braker Straße verschlechtert werde.

Herr Dr. Elsner weist darauf hin, dass bei der Suche nach einer Problemlösung auch zu berücksichtigen sei, dass sich die Verkehrsströme - z. B. in Abhängigkeit von den Öffnungszeiten der Postfiliale - zu verschiedenen Tageszeiten unterschiedlich darstellen. Vor diesem Hintergrund sollte seines Erachtens der Versuch durchgeführt werden. Es sei jederzeit möglich, zur alten Lösung zurückzukehren.

Herr Wäschebach schlägt vor, die alte Regelung beizubehalten und die zulässige Geschwindigkeit auf 10 km/h zu begrenzen.

Bezirksvorsteher Rüther regt an, den Versuch auf 3 Monate zu begrenzen. Auf der Grundlage des von der Verwaltung dann vorzulegenden Erfahrungsberichtes könne dann eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

- Die Bezirksvertretung stimmt zu. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.15 *

3.16

Parkraumkonzept Wefelshof
(vgl. BV Heepen - 11.10.2007 - öffentlich - TOP 5.5)

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr - Straßenverkehrsbehörde - vom 07.10.2008.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die Intention des dem Prüfauftrag zugrundeliegenden Antrages der CDU-Fraktion nicht die „Queraufstellung“ der parkenden Fahrzeuge sei. Ziel des Antrages sei, dass im angesprochenen Bereich nach Abschluss der baulichen Entwicklung - auch unter Berücksichtigung der anzulegenden Bushaltestellen - ausreichend Parkraum zur Verfügung stehe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.16 *

3.17

Städtische Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L712n - 4. BA

Im Rahmen der Beratung der städtischen Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L 712n - 4. BA (vgl. u. a. BV Heepen - 14.08.2008 - öffentlich TOP 6) hatte Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) u. a. darauf hingewiesen, dass die städtische Stellungnahme ihres Erachtens keine abschließenden Aussagen dazu treffe, wie sich die Maßnahme auf das Stadtklima auswirke.

Herr Frank (Umweltamt) erläuterte daraufhin, dass die Auswirkungen auf das Stadtklima aus fachlicher Sicht nicht so negativ seien, wie offenbar von Frau Kreye befürchtet und es daher aus fachlicher Sicht nicht erforderlich war, in der städtischen Stellungnahme entsprechende Aussagen zu treffen. Weiterhin hatte Herr Frank zugesagt, die der Verwaltung diesbezüglich vorliegenden Prüfergebnisse zur Verfügung zu stellen.

Den Mitteilungen beigelegt ist die entsprechende Stellungnahme des Umweltamtes.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.17 *

3.18

Querungshilfe in Höhe des Hauses Elverdisser Straße 78

Das Amt für Verkehr (Arbeitsbereich Straßen- und Gleisbau) hat mitgeteilt, dass der Bau der Querungshilfe ausgeschrieben wurde. Die Baumaßnahme wird voraussichtlich im November/Dezember 2008 erfolgen. Die Baubeschreibung ist den Mitteilungen beigelegt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.18 *

II. Mündliche Mitteilungen

3.19

Friedhof Brake-Ost

Herr Daube verweist auf das den Bezirksvertretungsmitgliedern mit Schreiben vom 21.10.2008 übersandte bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichte Schreiben des Heimatvereins Brake e.V. vom 11.10.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.19 *

3.20 **Beseitigung von Mängeln auf Radwegen im Stadtgebiet**

Herr Daube verweist auf den mit Schreiben vom 21.10.2008 übersandten bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichten Auszug aus der Niederschrift des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 26.08.2008 und die dem Auszug beigefügte Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 25.08.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.20 *

3.21 **Zwischenbericht zur Umsetzung des Beweidungsprojektes in der Johannisbachau**

Herr Daube verweist auf den mit Schreiben vom 21.10.2008 übersandten bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichten Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 26.08.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.21 *

3.22 **Städtische Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der L 712n - 4. BA**

Herr Daube verweist auf den mit Schreiben vom 21.10.2008 übersandten bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichten Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 26.08.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.22 *

3.23 **Grundschule Milse**

Herr Daube verweist auf die mit Schreiben vom 21.10.2008 allen Bezirksvertretungsmitgliedern übersandte bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichte Information des Immobilienservicebetriebes vom 17.10.2008 zur Schadstoffproblematik in der Grundschule Milse.

Stellv. Bezirksvorsteher Sternbacher sieht die Gefahr, dass die notwendigen Sanierungsarbeiten in den Sommerferien nicht vollständig abgeschlossen werden können. Er bitte die Verwaltung daher zu prüfen, inwieweit es möglich sei, bestimmte Bereiche der Schule für die Dauer der Sanierungsarbeiten „frei zu ziehen“. Seines Erachtens sei es dann möglich, die Arbeiten in den jeweiligen Sanierungsabschnitten ohne zeitliche Einengung vollständig abzuschließen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.23 *

3.24

Bebauungsplan Nr. III/Br 27 „Brake-West“

Herr Daube nimmt Bezug auf die in der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung am 04.09.2008 von Herrn Rupprecht (Bürgerinitiative „Saubere Luft im Westen von Brake“ und „Brake - Grafenheide & Johannisbachau“) gestellten Einwohnerfragen. Er verweist auf die mit Schreiben vom 21.10.2008 übersandte bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichte Stellungnahme des Bauamtes vom 30.09.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.24 *

3.25

Bebauungsplan Nr. III/Br 27 „Brake-West“

Herr Daube nimmt Bezug auf die von der Bezirksvertretung im Rahmen der Beratung zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Brake-West“ in den Sitzungen der Bezirksvertretung am 10.01.2008 und 03.04.2008 gefassten Beschlüsse. Er verweist auf die mit Schreiben vom 21.10.2008 übersandte bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichte Stellungnahme des Bauamtes vom 15.10.2008 sowie die der Stellungnahme beigefügten Auszüge aus den Niederschriften über die entsprechenden Sitzungen der Bezirksvertretung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.25 *

3.26

Unterhaltungsarbeiten am 7-Teiche-Bach

Herr Daube verweist auf die mit Schreiben vom 21.10.2008 allen Bezirksvertretungsmitgliedern übersandte bzw. zu den Fraktionssitzungen überreichte Presseerklärung des Umweltamtes vom 16.10.2008.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) stellt fest, dass bei ablaufendem Wasser zu erkennen sei, dass sich noch viele Karpfen im Teich befinden. Es sei ihres Erachtens dringend erforderlich, die Fische umzusetzen, bevor das Wasser vollständig abgelaufen sei.

Herr Daube sagt zu, die zuständige Fachverwaltung entsprechend zu unterrichten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.26 *

3.27

Volkstrauertag 2008

Herr Daube nimmt Bezug auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Information zu den Gedenkfeiern zum Volkstrauertag am 16.11.2008 im Stadtbezirk Heepen und gibt einen Überblick über die in den Stadtteilen des Stadtbezirks stattfindenden Gedenkveranstaltungen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.27 *

3.28

Verlegung der Grafenheider Straße

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) informiert über eine von Braker Bürgerinnen und Bürgern initiierte Unterschriftenaktion. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sprechen sich für eine Südverlegung der Trasse aus. Im Anschluss überreicht er die Unterschriftenlisten Herrn Daube mit der Bitte, die Unterlagen an die zuständige Fachdienststelle mit der Bitte um weitere Veranlassung weiterzugeben.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.28 *

3.29

Konzert im ehemaligen Wasserwerk an der Braker Straße

Herr Wäschebach informiert darüber, dass der Verein „Brake kulturell“ am 08.11.2008 im ehemaligen Wasserwerk des Stadtteils Brake unter dem Titel „Im Tiefenrausch“ ein Konzert veranstalte. Nähere Informationen bitte er der Tagespresse zu entnehmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.29 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Unbebautes Grundstück zwischen der Bechterdisser Straße und dem Betriebsgelände der Fa. Kühne & Nagel

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5912/2004-2009

Herr Rüther verliest die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Für das unbebaute Grundstück zwischen der Bechterdisser Straße und der Fa. Kühne & Nagel gibt es zwei Optionen: entweder Bebauung mit Kleingewerbe oder Anpflanzung (Grünfläche).

Was ist der Stand der Dinge? Welche Vermarktungsversuche hat es bisher gegeben?“

Herr Daube informiert darüber, dass der Bereich im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. III/O 13 als Gewerbefläche festgesetzt sei. Die Bauverwaltung beabsichtige, die Fläche im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/O 13 als Mischgebiet festzusetzen, um eine mit der Altbebauung verträglichere Bebauung zu erreichen. Im Übrigen sei bereits im derzeit rechtsverbindlichen Bebauungsplan entlang der Bechterdisser Straße ein 10 m breiter Pflanzstreifen festgesetzt. Die Vermarktung der Fläche erfolge durch die WEGE mbH. Vermarktungsversuche wurden von dort aus bisher nicht unternommen.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) hält die Antwort für unbefriedigend. Seines Erachtens sollte die WEGE mbH gebeten werden, den Pflanzstreifen - unabhängig von der Vermarktung der Fläche - vorab anzulegen. Die hierfür entstehenden Kosten können seines Erachtens bei Veräußerung der Fläche in den vom Erwerber zu fordernden Kaufpreis einbezogen werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge****Zu Punkt 5.1** **Schulraum-Situation in der Grundschule Brake**

Bezirksvorsteher Rüter regt an, den Antrag der SPD-Fraktion aufgrund des engen Sachzusammenhanges unter Punkt 6 (Schulentwicklungsplanung - Grundschule Brake) zu beraten.

- Die Bezirksvertretung stimmt zu. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **Kreisverkehr im Einmündungsbereich Stedefreunder/Braker Straße****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 5911/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüter verliest den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die örtliche Situation und das sich aus der unübersichtlichen Situation ergebende Gefahrenpotential. Er führt weiter aus, dass der Bereich von der Unfallkommission als Unfallschwerpunkt eingestuft werde. Er sehe, nachdem in der Bezirksvertretung in der Vergangenheit bereits viele Varianten (Tempo 30, Ampelanlage etc.) zur möglichen Verminderung der Gefahrenlage diskutiert wurden, in der Anlage eines Kreisverkehrsplatzes - soweit ausreichend Raum zur Verfügung stehe - eine ideale Lösung.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes auch aus seiner Sicht wünschenswert wäre. Er weise jedoch darauf hin, dass für die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes ein Durchmesser von rd. 36 m zur Verfügung stehen müsse. Er vermute, dass am Standort nicht ausreichend Raum zur Verfügung stehe. Seines Erachtens müsse daher auch die Anlage einer kleineren Kreisverkehrslösung (Kalotte) geprüft werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) führt aus, dass alle geeigneten Möglichkeiten zur Verminderung des Gefahrenpotentials geprüft werden sollten. Eine geeignete Lösung würde auch andere Probleme, wie z. B. die Erhöhung der Sicherheit der Radfahrer im angrenzenden Bereich der Braker Straße, verringern.

Frau Köttnitz (BfB) stellt fest, dass die Verkehrssicherheit im angesprochenen Bereich auch aus ihrer Sicht dringend nachhaltig verbessert werden müsse.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Das Amt für Verkehr wird gebeten zu prüfen, ob im Einmündungsbereich Stedefreunder- / Braker Straße ein kleiner Kreisels möglich ist.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 5.2 *

Zu Punkt 5.3**Radwegeplan für den Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5972/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüter verliest den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) nimmt Bezug auf den mit Schreiben vom 21.10.2008 übersandten Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 26.08.2008 und die dem Auszug beigefügte Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 25.08.2008 (vgl. TOP 3.20). Obwohl das Amt für Verkehr auf den erheblichen Aufwand, der mit der Erstellung einer entsprechenden Liste verbunden wäre, hingewiesen habe, vertrete sie die Auffassung, dass aufgrund der Bedeutung des Themas dennoch eine entsprechende Prioritätenliste erarbeitet werden sollte.

Frau Köttnitz (BfB) spricht sich unter Hinweis auf die erfahrungsgemäß mit einem Gutachten verbundenen erheblichen Kosten, nachdrücklich gegen die Beauftragung externer Gutachter aus.

Frau Kreye stellt fest, dass ihres Erachtens auch ohne externe Gutachter an einer entsprechenden Prioritätenliste gearbeitet werden könne.

Bezirksvorsteher Rüter hält es für sinnvoll, die weitere Vorgehensweise in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* zu beraten. Er vertritt darüber hinaus die Auffassung, dass aufgrund des noch immer geltenden Haushaltskonsolidierungskonzeptes keine großen Handlungsspielräume bestehen.

Frau Kreye hält es für notwendig, die weiteren Beratungen in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* auf der Grundlage konkreter Vorschläge der Verwaltung durchzuführen. Aufgrund einer von der Verwaltung vorgelegten Zustandsbeschreibung könne die Arbeitsgruppe dann entsprechende Prioritäten festlegen.

Frau Köttnitz (BfB) spricht sich für die weitere Beratung in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* aus.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, auf der Grundlage des Beschlussvorschlages zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einen entsprechend abgeänderten Beschluss zu fassen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich des Radwegenetzes im Stadtbezirk Heepen eine Zustandsbeschreibung zur weiteren Beratung in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* der Bezirksvertretung zu erarbeiten. Die Zustandsbeschreibung sollte die vorhandenen Schwachstellen im Radwegenetz (Lücken, Schäden etc.) und mögliche Handlungsfelder aufzeigen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 5.3 *

Zu Punkt 5.4

Photovoltaikanlagen auf Dachflächen städtischer Gebäude im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5973/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüter verliest den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf die mit der angesprochenen Technik verbundenen Möglichkeiten zur Energieeinsparung und entsprechende Fördermöglichkeiten. Mit dem Antrag verbinde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen u. a. die Absicht, die mit dem Einsatz entsprechender Anlagen verbundenen Energieeinsparungs- und Fördermöglichkeiten einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass eine entsprechende Initiative des Rates der Stadt nicht zu dem gewünschten Erfolg führte. Dennoch sollte der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich unterstützt werden. Er spreche sich jedoch gegen den Einsatz der angesprochenen Technik an der gerade erst umgebauten Grundschule Am Homersen aus. Seines Erachtens sollten daher andere Einsatzorte geprüft werden.

Weitere Bezirksvertretungsmitglieder schließen sich der von Herrn Scholten vertretenen Auffassung an.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Stadtbezirk Heepen Dachflächen an öffentlichen Gebäuden auszuweisen, auf denen Photovoltaikanlagen installiert werden können.

Es sollte darüber informiert werden, wie solche Vorhaben realisiert werden könnten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 5.4 *

-.-.-

Zu Punkt 6**Schulentwicklungsplanung****- Grundschule Brake****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 5560/2004-2009

Bezirksvorsteher Rüter verweist auf die unter TOP 5.1 hinsichtlich der Beratung des Antrages der SPD-Fraktion (Drucksache 5910/2004-2009 - Schulraumsituation in der Grundschule Brake) vereinbarte Verfahrensweise (aufgrund des engen Sachzusammenhanges Beratung des SPD-Antrages unter diesem Tagesordnungspunkt).

Herr Müller (Leiter des Amtes für Schule) nimmt Bezug auf die Beratung zur Schulentwicklungsplanung für die Grundschule Brake in der Sitzung der Bezirksvertretung am 14.08.2008 (vgl. BV Heepen - 14.08.2008 - TOP 7). Er erläutert, dass sich im Vergleich zur in der August-Sitzung der Bezirksvertretung umfassend erläuterten Schulsituation keine grundlegenden Veränderungen ergeben haben. Insofern haben die von der Schulverwaltung in der Informationsvorlage (Drucksache 5560/2004-2009) getroffenen Aussagen weiterhin Bestand. Zur Aufnahmesituation erläutert er, dass zu Schuljahresbeginn 120 Anmeldungen vorlagen. Die Schulleitung habe, trotz der festgelegten 4-Zügigkeit der Schule 5 Klassen (Klassenstärke: 23, 24, 25, 25 und 23 Schülerinnen bzw. Schüler) gebildet. Obwohl die Raumsituation - insbesondere solange der Umbau des ehemaligen Fahrradkellers nicht vollständig abgeschlossen ist - angespannt sei, liege aus Sicht der Schulverwaltung unter Berücksichtigung des Klassenraumcontainers keine Raumunterversorgung vor. Dass die Umbauarbeiten noch nicht vollständig abgeschlossen werden konnten, liege u. a. daran, dass die notwendigen Fördermittel erst später als ursprünglich erwartet bereitgestellt wurden. Ein vorzeitiger Baubeginn hätte zum Verlust der Fördermittel geführt. Darüber hinaus haben sich aufgrund von nicht zu erwartenden Lieferschwierigkeiten Verzögerungen in den Bauabläufen ergeben.

Bezirksvorsteher Rüter bittet Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) - soweit erforderlich - den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zu begründen.

Herr Wäschebach stellt unter Bezugnahme auf die seines Erachtens eindeutig formulierten Forderungen fest, dass keine weitere Begründung erforderlich sei.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) bewertet den Antrag der SPD-Fraktion in Bezug auf die gewählten Formulierungen als populistisch und erläutert unter Bezugnahme auf die bisherige Beratung die Position der CDU-Fraktion. Danach sei eine dauerhafte 5-Zügigkeit aufgrund der sich aus der Größe einer 5-zügigen Schule ergebenden Probleme nicht wünschenswert. Darüber hinaus vertrete er die Auffassung, dass durch die Einschulung von Schülerinnen und Schülern aus bestimmten Wohngebieten (z. B. „Brake-West“) in die Grundschule Vilsendorf nicht zwangsläufig vorhandene Strukturen zerstört werden. Weiterhin könne er nicht erkennen, dass es im Stadtteil Brake eine besondere Migrationsproblematik gebe. Es sei optimal, wenn eine Klassenstärke von 23 bis 24 Schülerinnen und Schülern nicht überschritten werde und Mehrzweckräume dauerhaft in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Die Bewertung der Gesamtsituation lasse seines Erachtens jedoch nicht den Schluss zu, dass die z. Zt. schwierige Situation einen Anbau zwingend erforderlich mache. Die Notwendigkeit des längerfristigeren Verbleibs des Klassenraumcontainers am Standort sollte jedoch ebenso geprüft werden, wie der Austausch des vorhandenen Containers gegen einen qualitativ hochwertigeren Container.

Frau Köttnitz (BfB) vertritt die Auffassung, dass die Einschulung Braker Schülerinnen und Schüler in der Grundschule Vilsendorf ihres Erachtens vertretbar sei, wenn auf diesem Wege eine „Mammuschule“ im Stadtteil Brake vermieden und darüber hinaus der Bestand der Grundschule Vilsendorf gesichert werden könne.

Herr Wäschebach stellt fest, dass es der SPD-Fraktion darum gehe, den nachweislich vorhandenen „Schülerberg“ unter angemessenen Rahmenbedingungen zu überwinden. Er vertrete im Übrigen weiterhin die Auffassung, dass die aus Ziff. 1 des Antrages abzuleitende besondere Migrationsproblematik eindeutig bestehe. „Schülertourismus“ sei seines Erachtens grundsätzlich abzulehnen. Die Verfügbarkeit von Mehrzweckräumen für den Kunst- bzw. Musikunterricht sei seines Erachtens unverzichtbar. Die Forderung nach einem dauerhaft zur Verfügung stehenden Musikraum sei bereits als Kompromiss zu werten. Ein - die Raumproblematik nachhaltig lösender - Anbau wäre insofern optimal, aber auch aus seiner Sicht eher unrealistisch. Vor diesem Hintergrund wäre ein qualitativ hochwertiger Container akzeptabel. Der jetzt aufgestellte Klassenraumcontainer erfülle diese Anforderungen nicht. So sei er z. B. nicht als Musikraum zu nutzen.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass Ziff. 2 des Antrages auch aus seiner Sicht nicht zustimmungsfähig sei, da faktisch nicht alle Schülerinnen und Schüler in der Grundschule Brake eingeschult werden können. Ein Anbau sei vor dem Hintergrund der noch immer angespannten Finanzsituation der Stadt unrealistisch. Darüber hinaus sollte aus gesamtstädtischer Sicht ein Ausgleich zwischen den Belangen der Grundschule Brake und der Grundschule Vilsendorf hergestellt werden.

Im Anschluss nimmt Herr Müller Bezug auf Ziff. 7 des Antrages und erläutert die Position des Amtes für Familie und Jugend - Jugendamt - zur möglichen Perspektive, einen entsprechenden Anbau oder einen im Eigentum der Stadt Bielefeld stehenden Klassenraumcontainer später für die Jugendarbeit im Stadtteil Brake zu nutzen. Das Amt für Familie und Jugend - Jugendamt - habe hierzu erklärt, dass grundsätzlich zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage zum zusätzlichen Bedarf von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2018 getroffen werden könne. Der Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit sei einem ständigen Wandel unterworfen und richte sich nicht nach Rechtsansprüchen oder Quoten. Ein in 10 Jahren evtl. zu befriedigender Bedarf könne zum heutigen Zeitpunkt weder geschätzt noch prognostiziert werden. Es sei daher sinnvoll, Überlegungen zu einer evtl. Nutzung eines möglichen Anbaus oder eines im Eigentum der Stadt befindlichen Klassenraumcontainers durch die Kinder- und Jugendarbeit zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen. Aktuell gebe es neben dem Kinder- und Jugendhaus der AWO, Glückstädter Straße 25, Angebote der Ev. Jugendverbandsarbeit im Gemeindehaus, Glückstädter Str. 4. Beide Angebote werden von Mädchen und Jungen genutzt. Weitere Angebote gebe es im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule. Alle Träger nutzen für ihre Arbeit darüber hinaus - besonders in den Sommermonaten - den vorhandenen Grünzug.

Herr Müller führt unter Bezugnahme auf die im Antrag der SPD-Fraktion angesprochenen Punkte weiter aus, dass die Anmietung eines Klassenraumcontainers über den Zeitraum von 10 Jahren nicht realistisch sei. Ein entsprechender Schulanbau würde schätzungsweise Investitionskosten von ca. 200.000 € verursachen. Aufgrund von Erfahrungswerten sei der Ankauf eines Klassenraumcontainers voraussichtlich günstiger. Seines Erachtens könne sich bereits aus der zwischenzeitlich mit allen Beteiligten (Schulverwaltung, Schulleitung, Eltern etc.) abgestimmten Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnung für schulische oder OGS-Zwecke eine deutliche Entspannung der Schulraumsituation ergeben. Die Schule erarbeitet derzeit ein entsprechendes Nutzungskonzept. Weiterhin sei die Schulverwaltung bereit, die Qualität des derzeit auf dem Gelände aufgestellten Klassenraumcontainers zu prüfen und - sollte dies erforderlich sein - Nachbesserungen vornehmen. Der angesprochene mögliche „Schülertourismus“ werde von der Fachverwaltung nicht so negativ beurteilt, wie von der SPD-Fraktion der Bezirksvertretung. Die Schulleitung der Grundschule Vilsendorf würde es darüber hinaus begrüßen, Braker Schülerinnen und Schüler - z. B. aus dem künftigen Baugebiet „Brake-West“ - aufzunehmen.

Herr Dr. Elsner beurteilt den mittel- bis langfristigen Verbleib eines Klassenraumcontainers vor Ort als Entlastung und unterstützt darüber hinaus die Überlegungen zur qualitativen Verbesserung.

Herr Wäschebach stellt nachdrücklich fest, dass der vorhandene Klassenraumcontainer seines Erachtens langfristig am Standort verbleiben und daher über eine entsprechende Qualität verfügen müsse. Er vertrete weiterhin die Auffassung, dass kein „Schülertourismus“ stattfinden dürfe.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) bringt ihr Missfallen darüber zum Ausdruck, dass im Kontext zur Frage der Schaffung angemessener Unterrichtsbedingungen Fragen der Wirtschaftlichkeit diskutiert werden.

Herr Scholten stellt fest, dass es seines Erachtens Aufgabe und Pflicht der Mitglieder der Gremien sei, auch die wirtschaftlichen Aspekte im Blick zu behalten und angemessen zu berücksichtigen.

Bezirksvorsteher Rütter fasst die intensive Diskussion zusammen und stellt fest, dass der gemeinsame Wunsch bestehe, die Situation der Grundschule Brake zu optimieren. Seines Erachtens bestehe nicht mehr die Notwendigkeit, über alle Punkte des SPD-Antrages abzustimmen. U. a. habe die Schulverwaltung bereits zugesagt, die Qualität des Klassenraumcontainers zu überprüfen und ggf. zu optimieren. Auch die bereits zwischen allen Beteiligten abgestimmte Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnung für schulische Zwecke sei unstrittig und werde seines Erachtens zur Verbesserung der Situation beitragen.

Herr Wäschebach weist darauf hin, dass dennoch einzelne Punkte des SPD-Antrages strittig seien und bittet um getrennte Abstimmung zu den einzelnen Punkten.

Bezirksvorsteher Rütter stellt fest, dass die Ziff. 1 des Antrages zwar außerhalb der Kompetenz der Bezirksvertretung liege, seines Erachtens dies die Bezirksvertretung jedoch nicht daran hindere, eine entsprechende Empfehlung abzugeben.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Wegen des hohen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund (fast 50 %) empfiehlt die Bezirksvertretung die Bildung von Klassen, deren Größe die Regelrichtzahlen (nicht mehr als 23 bis 24 Schülerinnen bzw. Schüler) nicht überschreitet.

Dafür:	15 Stimmen
Dagegen:	1 Stimme
Enthaltungen:	0 Stimmen

- mithin beschlossen -

Bezirksvorsteher Rütter bittet sodann um Abstimmung über die Ziff. 2 des Antrages der SPD-Fraktion. Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Schülertourismus findet nicht statt.

Dafür:	8 Stimmen
Dagegen:	8 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

- mithin abgelehnt -

Bezirksvorsteher Rüter führt aus, dass die Ziffn. 3 bis 6 des Antrages der SPD-Fraktion sich vor dem Hintergrund der von Herrn Müller getroffenen Aussagen seines Erachtens teilweise erledigt haben und die noch offenen Punkte für die Abstimmung zusammengefasst werden sollten. So könne der Fehlbedarf an Mehrzweckräumen dadurch kompensiert werden, dass ein Schulraum im Gebäude für diese Zwecke frei gezogen und der normale Unterricht in den Klassencontainer verlagert werde. Über die Frage, ob nach dem Umbau des ehemaligen Fahrradkellers weiterhin ein Raumdefizit bestehe, könne seines Erachtens nicht abgestimmt werden, da es sich hier um eine Meinungsäußerung handele. Die Frage der Notwendigkeit, den derzeit aufgestellten Klassenraumcontainer zu optimieren, sei seines Erachtens unstrittig. Hier sollte der Verwaltung aus seiner Sicht ein entsprechender Arbeitsauftrag erteilt werden. Die Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnung für schulische Zwecke sei zwischen allen Beteiligten abgestimmt und werde nach Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes umgesetzt. Eine Abstimmung erübrige sich insofern. Hinsichtlich der Ziff. 7 des Antrages der SPD-Fraktion vertrete er die Auffassung, dass die Frage, inwieweit ein möglicher Anbau oder angekaufter Klassenraumcontainer nach Rückgang der Schülerzahlen für die Jugendarbeit genutzt werden könne, vom Amt für Familie und Jugend - Jugendamt - abschließend beantwortet wurde. Es bestehe zudem offenbar Einvernehmen, dass ein Anbau unrealistisch sei. Es verbleibe insofern der Prüfauftrag an die Verwaltung, die Kosten für die Anmietung eines qualitativ hochwertigeren Containers auf 10 Jahre den Kosten für den Ankauf eines entsprechenden Klassenraumcontainers gegenüberzustellen.

Die Bezirksvertretung stimmt der von Bezirksvorsteher Rüter vertretenen Auffassung zu. Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die derzeitige Containerlösung zu optimieren und der Bezirksvertretung entsprechende Möglichkeiten vorzustellen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, der Bezirksvertretung eine Gegenüberstellung der Kosten für die dauerhafte Anmietung eines qualitativ hochwertigen Klassenraumcontainers und den Kosten für den Ankauf eines entsprechenden Containers vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 6 - *

Zu Punkt 6.1 Errichtung von gebundenen Ganztagschulen und Bau von Ganztagsbereichen an Gymnasien und Realschulen im Rahmen der Ganztagsoffensive des Landes NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5985/2004-2009

Herr Müller (Leiter des Amtes für Schule) bittet die Bezirksvertretung zunächst um Verständnis für den Wunsch der Verwaltung auf der Grundlage einer Tischvorlage zu beraten. Aufgrund der vom Land NRW vorgegebenen Antragsfrist (30.11.2008) sei jedoch für den Sitzungstermin der Bezirksvertretung Heepen keine andere Vorgehensweise möglich.

Im Anschluss erläutert er die Beschlussvorlage im Überblick und geht dabei auf förderrechtliche Aspekte sowie die Gründe für die Platzierung der in der Vorlage genannten Bielefelder Schulen (Beschlusslage der Schulkonferenzen etc.) ein.

Er führt aus, dass die schulinternen Gremien der Realschule Heepen - obwohl die Lehrerkonferenz bisher Vorbehalte gegen den gebundenen Ganztags hatte - vor wenigen Tagen (nach Erstellung der Vorlage) den Beschluss gefasst haben, die Schule ab dem 01.08.2010 in eine gebundene Ganztagschule umzuwandeln. Dieser Beschlusslage konnte das Amt für Schule aufgrund ihrer Kurzfristigkeit jedoch nicht mehr Rechnung tragen.

Nachdem Herr Müller auf entsprechende Nachfrage durch Bezirksvorsteher Rüther die zeitliche Abfolge des schulinternen Entscheidungsprozesses erläutert hat, stellt er fest, dass der Schule zwar keine konkrete Frist für eine entsprechende Entscheidung gesetzt wurde, allen Beteiligten aber bekannt war, welche Folgen Verzögerungen haben würden.

Unter Bezugnahme auf die Frage von Herrn Diekmann (SPD-Fraktion) bestätigt er, dass die getroffene Entscheidung in der Kompetenz der Schulkonferenz liege und stellt darüber hinaus die zwischen Entscheidungen der Lehrerkonferenz und der Schulkonferenz bestehenden Abhängigkeiten im Überblick dar.

Im Anschluss stellt er fest, dass für eine Änderung/Ergänzung der in der Vorlage genannten Schulen eine politische Entscheidung herbeigeführt werden müsse und erläutert die sich aus einer entsprechenden Beschlussfassung ergebenden gesamtstädtischen Auswirkungen.

Aus Sicht der Schulverwaltung sei es bedauerlich, dass die Realschule Heepen - obwohl sie sich kurzfristig doch noch für die Umwandlung entschieden habe - nicht berücksichtigt werden könne. Er weise aber darauf hin, dass erfahrungsgemäß Kreise mit sehr ländlichen Strukturen das ihnen vom Land zugeteilte Kontingent nicht ausschöpfen werden. Im Rahmen der Umverteilung nicht ausgeschöpfter Kontingente auf Städte mit einem entsprechenden Mehrbedarf sei es u. U. doch noch möglich, die Umwandlung der Realschule zu realisieren.

Auf jeden Fall soll die Realschule im Bauprogramm berücksichtigt werden. Die damit verbundene bauliche Erweiterung ermögliche der Realschule faktisch den Ganztagsbetrieb.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion bringen verschiedene Mitglieder in ihren Wortbeiträgen ihre Auffassung zum Ausdruck, dass der Realschule Heepen die gewünschte Umwandlung zu dem von der Schule gewünschten Termin ermöglicht werden müsse.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bestätigt Herr Müller, dass eine entsprechende Berücksichtigung der Realschule Heepen zwangsläufig die Nichtberücksichtigung einer anderen Schule zur Folge habe, solange das Land für die Jahre 2009 und 2010 „nur“ zwei neue Ganztagsrealschulen je Kreis oder kreisfreier Stadt vorsehe.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) stellt fest, dass nicht beabsichtigt werde, andere Schulen zu verdrängen sondern der Wunsch bestehe, der Realschule Heepen ab dem 01.08.2010 den gebundenen Ganztagsbetrieb zu ermöglichen.

Stellv. Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass das Gymnasium Heepen und die Realschule Heepen für den Stadtbezirk Heepen und die gesamte Stadt eine große Bedeutung haben und seit ihrer Gründung erfolgreich arbeiten. Es sei wichtig, diese erfolgreiche Arbeit im gebundenen Ganztagsbetrieb weiter zu führen. Seines Erachtens müsse die Bezirksvertretung diese Aktivitäten unterstützen.

Frau Köttnitz (BfB) schließt sich nachdrücklich der von Herrn Dr. Elsner und stellv. Bezirksvorsteher Sternbacher geäußerten Auffassung an.

Bezirksvorsteher Rüter fasst die intensive Diskussion zusammen. Er stellt fest, dass große Übereinstimmung dahingehend bestehe, dass der Entscheidung der Schulkonferenz der Realschule Heepen, die Schule zum 01.08.2010 in eine gebundene Ganztagschule umzuwandeln, Rechnung zu tragen sei. Es werde daher gefordert, sicher zu stellen, dass der Realschule Heepen ab dem 01.08.2010 die Umwandlung in eine gebundene Ganztagschule ermöglicht werde. Unter Berücksichtigung dieser Forderung ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der neuen Ganztagsoffensive des Landes NRW für die Jahre 2009 und 2010 und auf Basis der vorliegenden zustimmenden Schulkonferenzbeschlüsse die Umwandlung folgender städtischer Schulen in gebundene Ganztagschulen beim Land zu beantragen:**
 - Kuhloschule zum 01.08.2009
 - Gymnasium Heepen zum 01.08.2009.

2. Die Stadt Bielefeld ist einverstanden, innerhalb des vom Land NRW für die Stadt Bielefeld in Aussicht gestellten Kontingents von insgesamt je zwei umzuwandelnden Realschulen und Gymnasien in 2009 und 2010 den von Bodelschwingschen-Anstalten als Schulträger der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schulen die Umwandlung folgender Schulen in gebundene Ganztagschulen zu ermöglichen:
 - Realschule Bethel zum 01.08.2010
 - Öffentlich-Stiftisches Gymnasium Bethel zum 01.08.2010.

3. Für den Fall, dass eine der Maßnahmen nach Ziff. 1 oder 2 entfällt oder in Bielefeld mehr als die vorgesehenen vier Schulen in 2009 und 2010 in gebundene Ganztagschulen umgewandelt werden können, werden folgende städtische Schulen zu der vom Land erbetenen „Reserveliste“ angemeldet:
 - Gertrud-Bäumer-Schule
 - Max-Planck-Gymnasium (vorbehaltlich eines zustimmenden Schulkonferenzbeschlusses).

4. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land NRW einen Investitionskostenzuschuss zu den baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Über-Mittag-Versorgung bzw. für die Schaffung von Aufenthaltsräumen in Höhe von max. 100.000 Euro je Schule für folgende städtische Schulen zu beantragen („1000-Schulen-Programm“ des Landes NRW):
 - Kuhloschule
 - Gymnasium Heepen
 - Max-Planck-Gymnasium
 - Gertrud-Bäumer-Schule
 - Ceciliengymnasium
 - Realschule Heepen
 - Adolf-Reichwein-Schule im Schulzentrum Wintersheide (anteilig entsprechend der Anzahl der Halbtagschüler der ehem. Vennhofschule)

5. Die Finanzierung der kommunalen Eigenanteile an den Investitionskosten (mindestens in gleicher Höhe des Landeszuschusses) ist wie folgt vorzusehen:
 - Gertrud-Bäumer-Schule: über die Finanzierung ist zu entscheiden, wenn die Maßnahme tatsächlich aus der Reserveliste in eine Realisierungsphase aufrückt. ,
 - alle weiteren Schulen gem. Ziff. 4: die Finanzierung der kommunalen Eigenanteile an den Investitionskosten erfolgt im Rahmen der bereits vorgesehenen Finanzplanungen insbesondere zur Umsetzung der Beschlüsse zu den Schulstandorten Heepen, Max-Planck-Gymnasium und Wintersheide und erfordert keine zusätzlichen Haushaltsmittel. Der Immobilienservicebetrieb wird beauftragt, die erforderlichen Ansätze bzw. Mittelumschichtungen in seinen Wirtschaftsplänen der Jahre 2009 ff. vorzusehen.

6. Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss die das Gymnasium Heepen betreffenden Maßnahmen entsprechend der Vorlage umzusetzen.

Die Bezirksvertretung Heepen bittet den Schul- und Sportausschuss, der Realschule Heepen zum 01.08.2010 die Umwandlung in eine gebundene Ganztagschule zu ermöglichen und stimmt im Übrigen den für die Realschule vorgesehenen Maßnahmen zu.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 7

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M8 "Fischerheide"
- Teilfläche C - für das Gebiet südlich der Herforder Straße, westlich der Heilbronner Straße, nördlich der Donauschwabenstraße und westlich der Straße Büscherweg, Gemarkung Milse, Flur 1 gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

**- Stadtbezirk Heepen -
Aufstellungsbeschluss**

Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Beschluss zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5914/2004-2009

Nach einer kurzen Einleitung durch Frau Kavuk (Bauamt) erläutert Herr Winkler (Büro Enderweit & Partner) die Planung im Überblick und geht dabei besonders auf die an die benachbarten Plangebiete („Fischerheide“ Teilflächen A und B) anknüpfenden Strukturen des Plangebietes ein. Im Anschluss erläutert er das Erschließungskonzept sowie die aufgrund der Lage des Plangebietes (Nachbarschaft zur Herforder Straße und zur Heilbronner Straße) zu berücksichtigenden lärmschutzrechtlichen Aspekte. Darüber hinaus führt er aus, dass beabsichtigt sei, die Planung schrittweise zu realisieren.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die schrittweise Entwicklung des Gebietes seines Erachtens eher unglücklich sei, da sich hieraus über einen längeren Zeitraum - die Wohnqualität mindernde - Störungen ergeben können. Darüber hinaus stellt er die Frage, warum keine innere Erschließung mit nur einer Zufahrt zum Plangebiet vorgesehen sei.

Stellv. Bezirksvorsteher Sternbacher spricht sich nachdrücklich gegen die im Plankonzept vorgesehene Erschließung von der Heilbronner Straße bzw. der Erschließung einzelner Grundstücke von der Donauschwabenstraße aus. Aufgrund der bereits heute angespannten Verkehrssituation im Bereich der Heilbronner Straße und der Donauschwabenstraße sei eine innere Erschließung des Plangebietes seines Erachtens unverzichtbar.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) fragt, welche Lärmschutzmaßnahmen für die entlang der Heilbronner Straße geplanten Häuser vorgesehen seien und hält den baulichen Abstand zur Heilbronner Straße aus lärmschutzrechtlichen Aspekten für zu gering. Darüber hinaus kritisiert er die voneinander losgelöste Entwicklung der Plangebiete „Fischerheide“ Teilflächen A bis C. Seines Erachtens wäre es bei einer gemeinsamen Entwicklung aller drei Teilgebiete möglich gewesen, ein energetisches Gesamtkonzept für alle drei Plangebiete zu entwickeln. Darüber hinaus sehe er die Notwendigkeit, die Grenze des Plangebietes auf die Ostseite der Heilbronner Straße zu verschieben und hier einen Rad- und Fußweg festzusetzen. Der Rad- und Fußweg sei dringend erforderlich um das erhöhte Gefahrenpotential, das sich u. a. durch den mit der Bebauung entstehenden zusätzlichen Verkehr ergebe, zu kompensieren.

Frau Kavuk (Bauamt) erläutert, dass die getrennte Entwicklung der Plangebiete „Fischerheide“ Teilflächen A bis C ihres Erachtens darauf zurückzuführen sei, dass die Plangebiete von unterschiedlichen Investoren entwickelt wurden bzw. werden. Welche Art von Lärmschutz für die entlang der Heilbronner Straße geplante Wohnbebauung notwendig sei, müsse in Abhängigkeit vom Ergebnis eines ggf. noch zu erstellenden Lärmschutzgutachtens beurteilt werden. Hinsichtlich der Gliederung der Bebauung wurde das bereits in den Plangebieten „Fischerheide“ Teilfläche A und B realisierte Prinzip übernommen. Die Straßenrandbebauung entlang der Heilbronner Straße schütze den Innenbereich. Dies gelte auch für die vorgesehene Erschließung des Plangebietes bzw. unmittelbare Erschließung einzelner Grundstücke über die Heilbronner Straße und die Donauschwabenstraße.

Herr Winkler ergänzt, dass bei einer inneren Erschließung des Plangebietes darüber hinaus Baufläche verloren gehe.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) hält die entlang der Heilbronner Straße vorgesehene Randbebauung für ungünstig. Ihres Erachtens sei es wenig sinnvoll, die im Innenbereich liegende Bebauung mit anderen Gebäuden vor Lärm zu schützen. Ihres Erachtens sei es günstiger, für die Straßenrandbebauung Nebengebäude, wie z. B. Garagen, vorzusehen oder - sollte dies nicht möglich sein - aktive Lärmschutzmaßnahmen festzusetzen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) stellt bezogen auf die kritisierte Straßenrandbebauung fest, dass seines Erachtens niemand gezwungen sei, ein entsprechendes Objekt zu erwerben und hier zu wohnen. Es sei jedoch unglücklich, die Bebauung entlang der Heilbronner Straße durch Zufahrten zu unterbrechen, da hierdurch Lücken im Lärmschutz entstehen. Auch dies spreche für eine innere Erschließung des Plangebietes.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) sieht die Notwendigkeit, die Entscheidung zurückzustellen, bis eine Alternativplanung, die die Wünsche der Bezirksvertretung Heepen berücksichtigt, vorgelegt werde.

Auf die Frage von Herrn Wäschebach, warum die Stichstraße im Südwesten des Plangebietes mit in das Plangebiet einbezogen wurde, erläutert Herr Winkler, dass dies aus beitragsrechtlichen Gründen erforderlich sei.

Bezirksvorsteher Rüther fasst die Diskussion zusammen und stellt fest, dass die Bezirksvertretung heute nicht bereit sei, über die Vorlage zu beschließen. Die Bezirksvertretung bitte die Verwaltung, die Planung zu optimieren (innere Erschließung, Lärmschutz entlang der Heilbronner Straße, Ausweitung des Plangebietes unter Einbeziehung der östlichen Straßenseite der Heilbronner Straße, Festsetzung eines Rad- und Fußweges auf dieser Straßenseite). Im Übrigen gehe er davon aus, dass der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erst dann eine Entscheidung treffen werde, wenn die Bezirksvertretung über eine entsprechend optimierte Planung beraten habe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Stadtbahnverlängerung Linie 2/Milse

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5836/2004-2009

Nach einer kurzen Einleitung durch Herrn Galle (Amt für Verkehr) fasst Herr Meier (moBiel GmbH) die bisherigen Verfahrensschritte (Linienbestimmung etc.) im Überblick zusammen und erläutert den aktuellen Planungsstand.

Er verweist u. a. auf die inzwischen gegebenen günstigen Rahmenbedingungen für die Stadtbahnverlängerung. Das Projekt sei nicht nur Bestandteil des Nahverkehrsplanes geworden, sondern sei nach positiver Bewertung auch in den „Landesbedarfsplan Schiene“ aufgenommen worden. Die jetzt präsentierte Linienführung berücksichtige zudem alle umweltrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Belange.

Frau Kunath (moBiel GmbH) erläutert im Anschluss die Linienführung, die unterschiedlichen Höhenlagen der Trasse und die Erschließungsfunktion der geplanten Haltestellenstandorte. Sie führt weiter aus, dass die Busverknüpfung an der derzeitigen Endhaltestelle „Milse“ verbleibe.

Herr Meier ergänzt, dass im Bereich der neuen Endhaltestelle „Milse-Ost“ nicht ausreichend Raum für entsprechende Anlagen (Wendeschleife etc.) vorhanden sei. Hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung der vorgestellten Planung gehe er davon aus, dass das Planfeststellungsverfahren voraussichtlich im Jahr 2009 abgeschlossen werden könne. Die Finanzierung des von der moBiel GmbH aufzubringenden Eigenanteils sei bereits gesichert. Sollten auch die Drittmittel wie erwartet zur Verfügung stehen, sei der Bau ab 2011 realisierbar.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) begrüßt die Verlängerung der Stadtbahntrasse und dankt der moBiel GmbH für die seines Erachtens gelungene Aufbereitung der Informationen in der Vorlage. Aus seiner Sicht sei es nun notwendig, für den durch die Stadtbahntrasse künftig erschlossenen Bereich ein integriertes Konzept zur Entwicklung der hier gelegenen Flächen zu erarbeiten.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Planung grundsätzlich. Sie fragt, ob eine Verlängerung der Stadtbahntrasse über die neue Endhaltestelle „Milse-Ost“ hinaus - z. B. bis zur Kafkastraße - realistisch sei. Weiterhin fragt sie, bezogen auf einen den Haltestellenstandort „Buschbachtal“ erschließenden Feldweg, ob dieser im Zuge des Haltestellenbaus ausgebaut werde. Im Übrigen wäre es aus ihrer Sicht sinnvoller gewesen, die Trasse näher an die vorhandene Wohnbebauung im Stadtteil Milse „heranzurücken“ und sie nicht so weit nach Süden zu verschwenken. Abschließend kritisiert sie, dass die vollständige Umweltverträglichkeitsstudie nur auf der den Fraktionen und der Vertreterin der BfB zur Verfügung gestellten CD verfügbar sei. Sie rege an, entsprechend wichtige Unterlagen künftig in Papierform zu präsentieren.

Herr Meier weist darauf hin, dass die moBiel GmbH vor dem Hintergrund des erheblichen Umfangs der Umweltverträglichkeitsstudie bewusst auf einen Ausdruck verzichtet habe. Sollte Bedarf bestehen, werde die moBiel GmbH die Informationen aber auch in Papierform zur Verfügung stellen. Zur Trassenführung führt er aus, dass die Linienführung zumindest in Ansätzen in der Bezirksvertretung abgestimmt wurde. Es sei jedoch nicht möglich, den Bereich „Volkshaus Milse“ und den Bereich „Moenkamp“ gleichzeitig zu erschließen. Die jetzt vorgestellte Linienführung berücksichtige darüber hinaus alle umweltrelevanten Aspekte. Zu einer möglichen Verlängerung über die künftige Endhaltestelle hinaus führt Herr Meier aus, dass zwar nicht auszuschließen sei, dass sich in ferner Zukunft entsprechende Notwendigkeiten ergeben, die Haltestelle Milse-Ost zunächst aber als Endpunkt geplant werde. Die Haltestelle Buschbachtal berücksichtige die langfristige Entwicklung des Gesamtbereiches zwischen der im Ortsteil Milse vorhandenen Bebauung, der Milser Straße, der Grundschule Milse und dem Wohngebiet „Moenkamp“. Die angesprochene Verschiebung der Trasse nach Süden sei u. a. vor dem Hintergrund einer Offenlegung des Buschbaches und der Berücksichtigung der Belange des Hochwasserschutzes notwendig geworden.

Auf Nachfragen von Frau Köttnitz (BfB) erläutert Herr Meier, dass die Querung der Milser Straße auf Straßenniveau erfolge. Ob die Querung durch eine Schranken- und/oder Ampelanlage abgesichert werde, sei zu gegebener Zeit mit dem Straßenbaulastträger (Landesbetrieb Straßen NRW) abzustimmen.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) weist auf das im Bereich der künftigen Querung bereits heute gegebene Gefahrenpotential hin und bittet, bei der Planung der Querung sehr sorgfältig zu prüfen, welche Form der Querung die größtmögliche Sicherheit biete. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass der Gleiskörper teilweise auf einem Damm geführt werde und fragt, wie hoch dieser Damm sei. Weiterhin stellt sie die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, den Busverkehr an die künftige Endhaltestelle anzuknüpfen.

Herr Meier erläutert, dass die Verknüpfung zwischen Bus und Bahn aus den bereits genannten Gründen (Flächenverbrauch, Landschaftsschutz etc.) an der Haltestelle Milse verbleiben werde. Hinsichtlich der Notwendigkeit, den Gleiskörper auf einer kurzen Strecke über einen Damm zu führen, erläutert er die zu berücksichtigenden unterschiedlichen Höhenlagen, insbesondere im Bereich der Grundschule Milse.

Stellv. Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass seines Erachtens die Linienvariante, die geeignet wäre das Milser Zentrum zu erschließen, nicht ausreichend bzw. abschließend geprüft wurde und übt Kritik daran, dass die Interessen der Milser Bürgerinnen und Bürger insofern weitestgehend unberücksichtigt bleiben.

Herr Wäschebach schließt sich der von Herrn Sternbacher geäußerten Kritik nachdrücklich an und weist darauf hin, dass im Bereich der heute vorgestellten Linienführung zumindest z. Z. nur wenige Menschen leben. Vor diesem Hintergrund fragt er, welche Auswirkungen die Ablehnung der Vorlage hätte.

Herr Meier weist nochmals darauf hin, dass die jetzt vorliegende Linienführung erschließungstechnisch, ökologisch und betriebswirtschaftlich optimal sei. Die Ablehnung des Beschlussvorschlages würde die weitere Planung seines Erachtens um mindestens 2 Jahre verzögern.

Herr Dr. Elsner betrachtet die Linienführung in Bezug auf die bauliche Entwicklung des Gesamtbereiches als zukunftssichere Variante, die jedoch zusätzlich durch ein entsprechendes Buskonzept für den Stadtteil Milse, aber auch für die übrigen Wohngebiete - z. B. im Stadtteil Altenhagen - abgesichert werden sollte.

Herr Wäschebach stellt fest, dass seines Erachtens auch die anderen Varianten den Vorgaben des Nahverkehrsplans nicht widersprechen. Seines Erachtens hätte die moBiel GmbH die Planung nach der ersten Beratung nochmals in der Bezirksvertretung vorstellen müssen. Er kritisiere dieses Versäumnis.

Stellv. Bezirksvorsteher Sternbacher weist darauf hin, dass die Erschließung des Stadtteils Milse durch den Busverkehr nicht optimal sei. Obwohl er vor dem Hintergrund der Nichtberücksichtigung der Milser Wohngebiete, die jetzt präsentierte Linienführung nachdrücklich kritisiere, wolle er das Projekt nicht durch die Ablehnung der Beschlussempfehlung verzögern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt, der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsstudie wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß Anlage 1 die Variante 2b den weiteren Planungen zu Grunde zu legen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9

Feuerwehrgerätehaus Altenhagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5714/2004-2009

Herr Kleibrink (Leiter des Feuerwehramtes) stellt die Planung im Rahmen einer Folienpräsentation vor und geht dabei auf Lage, Größe und Funktion der einzelnen Gebäudebereiche ein.

Frau Schnadhorst (SPD-Fraktion) erläutert, dass die nördlich des Grundstückes gelegene Ackerfläche heute - ebenso wie die östlich des Grundstückes gelegenen Wohngebäude - über das städtische Grundstück erschlossen werden. Sie fragt, ob die Erschließung der Ackerfläche und der genannten Wohngebäude auch künftig gewährleistet sei und wie sie rechtlich gesichert werde.

Herr Kleibrink bestätigt, dass die Erschließung der angesprochenen Bereiche auch weiterhin gesichert sei. Die im Zusammenhang mit der Sicherung der Erschließung noch offenen rechtlichen Fragen müsse der Immobilienservicebetrieb zu gegebener Zeit klären.

Auf Nachfrage von Frau Köttnitz (BfB) erläutert Herr Kleibrink, dass die in den Zeichnungen dargestellten Werkstattbereiche nicht der Reparatur und Unterhaltung der Fahrzeuge dienen.

Stellv. Bezirksvorsteher Sternbacher begrüßt unter Hinweis auf den baulichen Zustand des Altgebäudes den Neubau des Feuerwehrgerätehauses.

Herr Kleibrink weist darauf hin, dass die zu beachtenden sicherheitstechnischen Vorschriften und DIN-Normen den Neubau unverzichtbar machen.

Her Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit eines Neubaus. Seines Erachtens trage dies zur Verbesserung der Sicherheit im Stadtteil Altenhagen bei.

Auf Rückfrage von Frau Kammeier (CDU-Fraktion) erläutert Herr Kleibrink, dass die mögliche Veräußerung eines Teilbereiches des künftig nicht mehr vollständig in Anspruch genommenen Grundstückes nicht zur Reduzierung der der Feuerwehr in Rechnung gestellten Mietkosten führe.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen stimmt dem Auftrag zur Ausführung des Projektes Feuerwehrrätehaus Altenhagen zu und empfiehlt dem Hauptausschuss den Ausführungsauftrag Feuerwehrrätehaus Altenhagen zu erteilen.

- einstimmig beschlossen –

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld und der 1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 27.06.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5839/2004-2009

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) erklärt, dass ihres Wissens eine Liste mit den anzuerkennenden bzw. zu genehmigenden Osterfeuern erstellt wurde. Sie fragt, ob diese Liste vorliege.

Herr Daube erläutert, dass künftig nur noch öffentliche Osterfeuer zulässig sind. Private Osterfeuer seien verboten. Die öffentlichen Osterfeuer können insofern auch weiterhin stattfinden. Im Stadtbezirk Heepen wurden bisher 5 öffentliche Osterfeuer durchgeführt.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen nimmt die Ausführungen der Verwaltung im Rahmen ihres Anhörungsrechtes zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

28. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk Heepen)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5919/2004-2009

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses gem. Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Entscheidung über die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Grün vom 08.10.2008

Herr Daube verweist auf die den den Bezirksvertretungsmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen übersandten Auszug aus dem Protokoll über die 12. Sitzung der Arbeitsgruppe *Grün* am 08.10.2008.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung stimmt den Empfehlungen der Arbeitsgruppe *Grün* auf der Grundlage des Protokolls über die 12. Sitzung der Arbeitsgruppe *Grün* am 08.10.2008 zu.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 12 *

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 13 *

Bielefeld, 10.11.2008

Andreas Rüther
Bezirksvorsteher

Lötzke
Schriftführer